

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 8 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Bohlen u. Verwalt. Drag II, Nerajants 16 • Kriepf. 26793. 31466. Nachdruck. (ab 11 Uhr) 33536 • Postkonto: 37544

12 Jahrgang.

Donnerstag, 1. Dezember 1932

Nr. 283.

Hitler spielt den Gekränkten Die Frage der Schuldenzahlung.

Thüringer Wahlen sind ihm „wichtiger“ als die Besprechung mit Schleicher. — Schleicher wird doch heute ernannt?

Von H. N. Brailsford (London).

Berlin, 30. November. Die für heute erwartete Aussprache zwischen Hitler und dem General Schleicher hat nicht stattgefunden. Hitler, der anscheinend den völlig Unerbittlichen spielen will, ist nämlich nicht, wie man ursprünglich annahm, gestern abends nach Berlin, sondern demonstrativ nach Weimar gefahren. Der „Angriff“ kommentiert diese Reise mit der Bemerkung, daß dem Führer vorerst der Gemeindevorwahlkampf in Thüringen wichtiger erscheint. Es sei auch nicht einzusehen, welchen Zweck neue Verhandlungen haben sollten, da man auf der Gegenseite „immer noch nicht geneigt sei, persönliche Abneigungen hinter die Schicksalsfragen der Nation zurückzustellen.“

In Weimar hält Hitler Führerbesprechungen ab, zu denen heute abends noch Gregor Strasser, Dr. Frid, Göring und Dr. Goebbels aus Berlin berufen wurden. Strasser und Frid hielten sich seit Dienstag in Berlin auf. Prälat Koas vom Zentrum hatte gestern mit ihnen auf Wunsch Schleichers eine Unterredung, die sich um den von Schleicher verlangten politischen Waffenstillstand drehte. Die beiden Kopführer lassen dabei jugendlich haben, auf Hitler mächtigend einzuwirken.

Differenzen bei der Führerbesprechung.

Von der heutigen Führerbesprechung in Weimar soll es abhängen, ob Hitler für Donnerstag die Einladung Schleichers nach Berlin folgen lassen wird.

In Berlin wollte man heute abend wissen, daß die Geister in der Weimarer Besprechung ziemlich scharf aufeinander geprallt seien und daß der ursprünglich noch für heute erwartete Besuch Hitlers deshalb nicht

stattgefunden hat, weil die Situation innerhalb der Führung der NSDAP noch nicht geklärt war. Die Auffassung in Berliner Kreisen geht dahin, daß nunmehr morgen unter allen Umständen eine Entscheidung fallen muß. In den letzten 24 Stunden ist auch in der Personenfrage ein starker Umschwung eingetreten. Man rechnet bestimmt damit, daß doch General von Schleicher mit der Kabinettsbildung beauftragt werden wird.

Hohenzollern-Intrigen? Hindenburg angeblich amtsmüde.

Berlin, 30. November. Das Blatt der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ berichtet, daß in den Kreisen, die den Sturz der Regierung Brüning herbeiführen, danach getrebt wird, daß der Reichspräsident entweder zu Rücktritt oder die Verfassung verleihe. Wie das Blatt erzählt, sei es kein Geheimnis, daß sich Hindenburg am letzten Samstag ernstlich mit dem Gedanken befaßt, sein Amt niederzulegen und in einer Proklamation an das deutsche Volk seinen Schritt zu begründen. Der Kandidat der Kreise, die die Demission Hindenburgs anstreben, ist der bisherige Reichskanzler von Papen. Für den Fall, daß es zum Rücktritt Hindenburgs käme, hoffen diese Kreise, daß man an die Einsetzung eines Reichsverwesers schreiten könnte.

In der Familie Hohenzollern sei aber diätere keine Einigkeit, wer dieses Amt leisten sollte. Die Gemahlin des Kaisers Hermann sei in der letzten Zeit in Berlin gewesen. Wie bekannt, sei der Kaiser nicht einverstanden, daß der ehemalige Kronprinz Reichsverweser werde. Dagegen sei die Gemahlin des Kronprinzen dagegen, daß ihr Gatte mit einem solchen Amt betraut werde, und sie strebe darnach, daß dieses Amt ihrem ältesten Sohne übertragen werde. Diese Pläne, wiewohl sie sehr phantastisch lauten, sollen, nach dem Blatte, die entscheidende Rolle in den jetzigen Verhandlungen hinter den Kulissen spielen.

Fünfmächtekonferenz in Genf.

Beginn am Freitag.

London, 30. November. (Reuter.) Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der fünf Hauptmächte über die Wiederbeteiligung Deutschlands bei der Abrüstungskonferenz werden wahrscheinlich am 2. Dezember in Genf beginnen. Für Großbritannien werden an diesen Beratungen Premierminister MacDonald und Außenminister Sir Simon teilnehmen.

Austritt der Sozialdemokraten aus der badischen Koalition.

Karlsruhe, 30. November. Der sozialdemokratische Abgeordnete Rücker hat sein Amt als Staatsrat und stellvertretender Innenminister niedergelegt. Damit ist die Sozialdemokratie endgültig aus der badischen Regierung ausgeschieden.

Ein neuer Fememord in Braunschweig.

Braunschweig, 29. November. (Ga. Ver.) In der Oster wurde die Leiche eines 35-jährigen Mannes entdeckt, der offenbar nach einem Fememord zum Opfer gefallen ist. Der von Anglern geborgene Toten trug ein Exemplar des braunschweigischen Nachrichtenblattes in der Tasche. Die Untersuchung hat ergeben, daß der bis jetzt noch unbekannt Mann im Bürgerpark mit einer Eisenstange erschlagen und dann in die Oster geworfen wurde.

In der Hauptstadt des Heren Klosters ist dies innerhalb weniger Wochen der zweite Fememord. Der erste wurde an dem SS-Mann Kamppe verübt, der in ein Auto geladen, unterwegs herausgeworfen und darauf von dem SS-Mann Kanne erschossen wurde. Der Mörder ist bis heute noch nicht gefast.

Im Altertum wurden in regelmäßigen Zeitabständen die Schuldner von ihren Lajten befreit. „Die Schuldschneisen wurden eingeschmolzen“, wie die Römer sagten. Die Griechen und die Römer wußten, daß im Bucher ein Explosivstoff liegt, der die Gesellschaft sprengen kann. Den Amerikanern steht diese Entdeckung noch bevor. Wenn sie sie nicht bald machen, dann bedeutet das für die kapitalistische Weltordnung nicht eine Krise, sondern einen Krach.

Derartige Gedanken bewegten manchen Sozialisten beim Lesen der Nachricht, daß Präsident Hoover sich weigert, sein Memorandum für die europäischen Schuldner Amerikas zu verlängern. Es ist mehr auf dem Spiel als die Frage des Ausgleichs des britischen Budgets oder der Rettung des Pfundes vor dem Sturz. Schulden sind in den letzten drei Jahren zur Hauptfrage unseres Planeten geworden. Sie haben ein halbes Duzend Revolutionen in Südamerika hervorgerufen. Obwohl niemand es ausspricht, waren sie der Hintergrund von Mahatma Gandhis trotzigem Kampf gegen das britische Weltreich. Sie haben einen der australischen Staaten unter einer linken Arbeiterregierung zu offener Revolte getrieben. Sie sind teilweise die Erklärung für Hitlers Erfolge. Von Wien bis Athen sind sie die beherrschende Tatsache des Lebens. Und jetzt geht um einen Male London, der traditionelle Geldverleiher der Welt, als verlegener Schuldner den Erfahrungen entgegen, die der übrigen Welt schmerzhaft wohlbekannt sind.

Der britische Fall hat jedoch gewisse Eigentümlichkeiten. England war der erste Staat, der mit Amerika ein Schuldenabkommen schloß und die Bedingungen waren für England unbegreiflich schwer. Amerika hat auf einen Teil aller seiner Schulden verzichtet, aber während der Verzicht bei Frankreich 50 Prozent und bei Italien 74 Prozent ausmachte, ließ es gegenüber England nur 17,7 Prozent nach. Infolgedessen muß England in den nächsten zwei Menschenaltern bis zur endgültigen Abzahlung der Schuld gegenüber einem Betrag von 4604 Millionen Dollars, den es tatsächlich erhalten hat, nicht weniger als 11.106 Millionen zurückzahlen. So gewaltig ist selbst bei einem niedrigen Zinsfuß die Macht des Wuchers.

Und zweitens: Während Änderungen in der Kaufkraft des Geldes alle Schulden beeinflusst haben, geschah dies in sehr verschiedener Weise. Der Dollar ist bekanntlich im Wert sehr stark gestiegen, seit die Schuldenabkommen geschlossen wurden. Nach Rechnungen von Fachleuten, die in der „New York Times“ zitiert werden, wird Amerika für jeden hergeborgten Dollar jetzt, wenn es ihn zurückhält, um 54 Prozent mehr Waren kaufen können. Diesen unvorhergesehenen Tribut zu verlangen wäre eine ungeheuerliche Forderung. Und das ist noch nicht alles. Das Preisniveau in England hat sich in den inzwischen verfloßenen Jahren so verschoben, daß England gemäß der selben amerikanischen Berechnung eine Summe zahlen muß, um die es auf dem heimischen Markt um 85 Prozent mehr Waren kaufen könnte. Frankreich hingegen hat durch den Verlust der Zeit etwas gewonnen: es muß in Waren um 30 Prozent weniger zurückzahlen, als seinerzeit ausgemacht worden war. Die Veränderung in London und Paris wußte von den Amerikanern nicht berücksichtigt werden. Aber auch sie können ein Geschäft nicht rechtfertigen, bei welchem ein Darlehen im Wert von 100 Dollars zu einer Schuld im Wert von 154 Dollars anwächst.

Aber der Hauptgrund, aus dem Großbritannien um eine Neuregelung der Schuldfrage ersucht hat, war der, daß es selbst in Kaufnahme die Verpflichtung übernommen hat, die Schulden zu streichen, die von Deutschland

und seinen früheren Verbündeten an Großbritannien geschuldet wurden. Diese Begründung hat die Amerikaner ganz außerordentlich geärgert. Sie haben ihre Arbeit, am Krieg teilgenommen zu haben, längst bereit und sie nehmen alles in Kauf, was irgendwie mit Solidarität gegenüber ihren ehemaligen Kameraden zu tun hat oder was geeignet wäre, ihnen einen Teil der gemeinsamen Last aufzuerlegen.

Das wirkliche Hindernis einer Änderung des amerikanischen Standpunkts aber ist die wirtschaftliche Unbildung des durchschnittlichen amerikanischen Abgeordneten. Er scheint nicht verstehen zu können, daß die wirkliche Schwierigkeit im Transfer, in der Uebersetzung solcher riesigen Summen aus einem Land in das andere, besteht. Die Amerikaner waren ebenso kindisch, als sie annahmen, daß Deutschland derartige astronomische Raster an sie als Reparationen transferieren könne. Doch haben sie ihre Dummheit durch bittere Erfahrung rascher einsehen gelernt als die Amerikaner. Natürlich kann in Wirklichkeit Europa nur in Gold oder in Waren zahlen. Goldüberfluß hat England keinen, abgesehen von der sehr bescheidenen naturunmöglichen Bankreserve. Waren würde es gerne nach Amerika schicken, aber der unüberwindliche Zollwall steht im Weg. Die Handelsbarriere steht hoffnungslos zu Ungunsten Englands. In den ersten neun Monaten dieses Jahres hat England um 50 Millionen Pfund Waren von Amerika gekauft, aber selbst nur 11 Millionen Pfund nach Amerika verkaufen können. Wenn England die Schulden in Waren zahlen wollte, dann müßte dieses Verhältnis umgekehrt werden. Die einzige übrige Möglichkeit wäre, auf allen Weltmärkten der Welt Pfund Sterling zu verkaufen und Dollars dafür einzukaufen. Das würde einen Fall des Pfundes bedeuten, der viel schlimmer wäre als der jetzige. Und davon würde wieder Amerika nichts haben, weil es den Engländern unmöglich gemacht wäre, amerikanische Waren einzukaufen.

Aus derselben Gedankenverwirrung heraus sind von je zehn Amerikanern neun davon überzeugt, daß Europa seine Schulden nicht zahlen kann, weil wir unser Kapital auf Rüstungen verschwenden. Wir tun es zwar wirklich. Wenn England die Beträge, die es für die Flotte ausgibt, für Schulen und Arbeiterhäuser verwenden würde, dann könnten wir unsere geistige und körperliche Leistungsfähigkeit verdoppeln. Aber das Geld, das wir auf Rüstungen verschwenden, vermindert nicht das Nationaleinkommen. Es ist einfach eine Zahlung eines Engländers an einen anderen. Wenn wir aufhören würden, unser Geld auf Kriegsschiffe zu verschwenden, würde die Frage der Uebersetzung dieses Geldes nach Amerika um nichts leichter lösbar geworden sein. Aber dieser Gedankengang scheint zu schwierig zu sein, um von dem durchschnittlichen Amerikaner begriffen zu werden. Das zynische Schauspiel einer Abrüstungskonferenz, die alles andere als abrüsten will, versteht ihn in eine begreifliche Wut. Er glaubt, daß wir nicht unser Geld, sondern seines zum Fenster hinauswerfen. Er sieht uns nicht als ehrliche Schuldner, die ins Unglück geraten sind. Er sieht uns als Verschwendender, die leichtsinnig das Geld verprassen, auf das er ein Recht hat. Das ist der wirkliche Grund, warum die öffentliche Meinung in Amerika in diesem Punkte so unnachgiebig und hart ist.

Ich glaube, daß die jetzige Zahlung von 10 Millionen Dollars oder 29 Millionen Pfund gezahlt werden wird, obwohl einige Londoner Blätter fest das Gegenteil behaupten. Höchstens wird man vorher noch ein paar Besuche machen, durch Argumentieren um die Zahlung herumzukommen. Die Behauptung, England werde nicht zahlen, ist wohl nur ein Manöver, um die Amerikaner zu schrecken

Drei neue Senatssitze für die belgischen Sozialisten.

Brüssel, 30. November. Die Parteizugehörigkeit der Sonntag gewählten 33 Senatoren ist folgende: Katholiken 12, (Gewinn 1 Mandat), Sozialisten 39 (Gewinn 3 Mandate), Liberale 11 (Verlust 2 Mandate), Flämische Nationalisten 1 (Verlust 2 Mandate).

In einer Woche werden von den Bezirksvertretungen weitere 44 Senatoren gewählt werden, und vor Weihnachten wird der neue Senat nach der Proportionalverteilung die restlichen 22 Mitglieder losputzen.

Schreckensurteile der ungarischen Klassenjustiz

Budapest, 30. November. (AZ.) Der Budapester Strafgerichtshof verkündete heute das Urteil im Prozeß gegen den ehemaligen Privatdozenten Radzár und den Kaufmann Poll sowie acht Mitangeklagte, die beschuldigt waren, an einer kommunistischen Verschwörung teilgenommen zu haben. Das Gericht verurteilte den Hauptangeklagten Poll wegen versuchten Umsturzes der bestehenden sozialen und gesellschaftlichen Ordnung zu vier Jahren, zwei Monaten Zuchthaus, die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen zwischen 3 und 12 Monaten. Radzár erhielt sechs Monate Gefängnis.

Unter der Fuchtel.

Kem, 30. November. Der Parteisekretär hat den Abgeordneten Turati auf unbestimmte Zeit seiner Mitgliedschaft enthoben, weil er sich in Privatdrucken die der Öffentlichkeit zugänglich wurden, bedauerliche und unzulässige Äußerungen habe zuschreiben lassen.

und kompromittiert zu machen. Eine wirkliche Zahlungsbetweigerung ohne amerikanische Zustimmung wäre ein Signal für alle diejenigen, die selbst Schuldner Englands sind. Südamerika und Australien würden dem Beispiel Londons folgen. Das würde die mittlere Säule des ganzen Wuchers zerschmettern, auf dem das kapitalistische System beruht. Es wäre unglaublich, daß eine Regierung, deren ganzer Zweck es ist, dieses System zu retten, ein solches Risiko auf sich nehmen sollte. MacDonald ist ja nicht Lenin oder DeValera.

Die Folgen einer Zahlung sind jedoch nicht viel weniger ernst. Es ist heute schon sicher, daß aus anderen Gründen ein schweres Defizit im Budget bevorsteht. Der Schatzkanzler hat weitere Ersparnisse in der Höhe von 35 oder 40 Millionen Pfund im Gesundheitswesen und im Erziehungswesen versprochen. Wir gleiten in die Barbarei zurück. Wenn die Schulden bezahlt werden, wird sich das Tempo beschleunigen. Der unvermeidliche Fall

des Pfundes wird gleichzeitig den Preis aller Waren erhöhen, die wir aus dem Ausland einführen müssen. Die Unzufriedenheit der Massen wird zunehmen; die Regierung, die die Steuern nicht senken kann, wird das Vertrauen der Mittelklasse verlieren.

Die Reparationen und die Verwirrung im Geldwesen haben zum Entstehen dieser Schuldenkrise beigetragen. Aber im Grunde ist sie ein Symptom für einen Grundfehler der kapitalistischen Produktionsweise. Da Amerika ein Gläubigerland geworden ist, sollte es mehr einführen als es ausführt. Aber es kann sich der neuen Lage nicht anpassen. Es hat einen Warenüberschuß, den seine Lohnempfänger nicht verbrauchen können. Daher muß Amerika exportieren. Aber durch diesen Exportüberschuß macht Amerika die Eintreibung seiner Forderungen in die Schuldnerstaaten unmöglich. Diese Schwierigkeit kam durch kein Notatorium behoben werden. Denn sie liegt im kapitalistischen System selbst.

Marxistische oder kommunistische Politik?

Vor ein paar Tagen haben die elf kommunistischen Mitglieder des sächsischen Landtags dadurch für die Wahl eines Deutschnationalen zum Landtagspräsidenten gesorgt, daß sie auch im zweiten Wahlgang ihre Stimmen dem Kommunisten gaben, obwohl sie natürlich genau wußten, daß er eben nur diese elf Stimmen bekommen werde, daß die Sozialdemokraten allein aber weniger Stimmen haben würden, als der deutschbürgerliche Kandidat.

Sie nennen das revolutionäre Politik, und wahrscheinlich sehen sie darin, das Präsidium eines Landtages oder die Verwaltung einer Stadt ganz der Bourgeoisie auszuliefern, sogar besonders „leninistische“ Kunststücke. Mit Marxismus aber hat das gar nichts zu tun! Man braucht, um das zu beweisen, nicht erst in den Schriften von Marx nach einem geeigneten, zum Zitieren geeigneten Ausdruck zu suchen (das scheint für die Kommunisten das Wichtigste am Marxismus zu sein), man braucht auch nicht darüber zu grübeln, wie Marx in einem solchen Falle gehandelt hätte — nein, man kann sogar nachlesen, wie Marx in einem ähnlichen Falle wirklich gehandelt hat!

In Köln, wo Marx Chefredakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung“ war, gab es einen Arbeiterverein, in dem es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Frage der richtigen Stellungnahme bei den Wahlen — es waren indirekte Wahlen — in ein preussisches Parlament kam. Im Kölner Arbeiterverein hatte ein Dr. Gottschalk großen Einfluß. Gottschalk war viel „revolutionärer“ als Marx und Engels. Er wollte, da die Wahl revolutionärer Arbeiter ganz ausgeschlossen schien, am liebsten Wahlenthaltung verkünden. Marx aber war anderer Ansicht. In seinem Buche „Der Kölner Arbeiterverein“, das im Jahre 1929 erschien, berichtet darüber Dr. Stein:

„Marx vertrat die gleiche Auffassung (wie Schapper): „Es handelte sich im Augenblick nicht darum, in prinzipieller Hinsicht etwas zu tun, sondern der Regierung, dem Absolutismus, der Feudalbürokratie Opposition zu machen; dazu seien aber auch einfache Liberale, sogenannte Demokraten, hinreichend, die ebenfalls mit der jetzigen Regierung bei weitem nicht zufrieden

seien. Man müsse die Sache einmal nehmen, wie sie sei. Es erfordere schon der gesunde Menschenverstand, wenn man einsehe, daß bei der Unmöglichkeit, seine eigene prinzipielle Meinung durchzusetzen, man sich mit einer Partei die ebenfalls Oppositon mache, vereinigen müsse, um nicht das absolute Abnötigung fliegen zu lassen.“

Marx hatte vor den bürgerlichen Demokraten wahrlich nicht viel Hochachtung, er kannte genau ihre Halbklugheit und in jenen Tagen — es wurde am 5. Februar 1849 gewählt — hatte die deutsche bürgerliche Demokratie schon bewiesen, wie viel sie wert war, nämlich nicht viel mehr als nichts. Und doch zog Marx sie den offenen Reaktanten vor, und doch bemühte er sich um den Wahlsieg bürgerlicher Demokraten, da der Wahlsieg revolutionärer Arbeiter (die Durchsetzung der eigenen prinzipiellen Meinung) nicht möglich war.

Freilich — für Marx war die Gesellschaft noch nicht so vereinfacht wie für die Kommunisten, für die sie nur aus Faschisten und linken-rechten Kommunisten besteht.

Aber — Marx war auch noch kein Dogmatiker, sondern Wissenschaftler, dem die Wissenschaft die Waffen für den politischen Kampf liefern sollte. Marx war — und das war keine heute längst offensichtlich gewordene Schwäche — bloß Marxist, und das nur mit Einschränkungen. Er wußte noch nichts von der Erhebung des Marxismus durch den Leninismus. Er hätte gewiß für die Politik derer, die sich heute Kommunisten nennen, zu wenig Verständnis, wie seinerzeit für die Politik des „revolutionären“ Dr. Gottschalk. Er konnte bloß marxistische Politik machen, nicht kommunistische.

Welches Glück für Marx, daß er nicht mehr für seine rechten Abweichungen von Stalin zur Verantwortung gezogen werden kann!

Was den Kommunisten noch zu tun bleibt.

Das Effi hat nachdem es von Moskau aus den Vorschlag der tschechoslowakischen Politik besprochen hatte, der APC gute Lehren erteilt. Was in der großen Politik zu tun ist und was sich da ereignen wird — nach der sicheren Voraussetzung des Effi — das ist nicht so erschütternd, wie die Ratschläge, die den kommunistischen Funktionären erteilt werden.

Denn die Hauptursache aller Schwächen der Partei liegt im Grunde darin, daß ein großer

Teil ihrer Grundorganisationen zum Teil passiv ist, außerhalb der Ereignisse steht, sich nicht genügend darum kümmert, was unter der Arbeiterschaft und dem arbeitenden Volke überhaupt vor sich geht und nicht genügend orientiert ist über die Organisierung und Führung der Kämpfe.

Es ist nicht wenig, was der APC da voranzuführen wird, aber schon ist das Mittel zur Abhilfe gefunden:

Die Aufmerksamkeit einer jeden Organisation muß auf zwei Fragen gelenkt werden: einerseits auf die Mobilisierung der Massen, unter denen diese Organisation arbeitet und auf die engere Verbindung mit ihnen, andererseits auf die Entfaltung und Festigung der eigenen Reihen, der eigenen organisatorischen Positionen.

Kurz und gut: das ABC der Organisationsarbeit muß wieder gelernt werden. Nur ist die organisatorische Arbeit bei den Sozialdemokraten selbstverständlich, während ihre Notwendigkeit von den Kommunisten als mächtige Entdeckung betrachtet wird. Der jüngste Teilnehmer eines sozialdemokratischen Parteikongresses wußte den Vorschlägen über die Bedeutung der Organisationsarbeit noch mehr zu sagen als das Effi, dessen Erkenntnisse nichts anderes beweisen als den vollkommenen geistigen und organisatorischen Bankrott der APC.

Tschechische Selbstverwaltung gegen Finanzminister.

Dienstag, den 29. November, fand in Prag unter Vorsitz des Prager sozialdemokratischen Stadtrates Dr. Janger eine Sitzung des Finanzrechtsausschusses des Verbandes der tschechoslowakischen Städte und Gemeinden statt. Die Sitzung gab ihrer Meinung Ausdruck, daß sie die Herabsetzung der Bezüge der öffentlichen Angestellten nicht als eine zweckmäßige Lösung ansehe. Inabesondere wurden jene Bestimmungen der Vorlage, wonach sich die neue Regelung auch auf die Dienstverhältnisse von Privatangehörigen beziehen soll, abgelehnt. Völlig unannehmbar erscheint der Wunsch des Finanzministers nach Herabsetzung der Einkünfte von Angestellten in öffentlichen Betrieben ohne Rücksicht auf Kollektivverträge. So weit es sich um die Selbstverwaltungskörper handelt, wird erklärt, daß mit aller Entschiedenheit gegen die Bestimmungen protestiert werden muß, nach denen die Funktionäre der Selbstverwaltungskörper persönlich dafür garantieren, daß keine Auszahlung gegen die Bestimmungen des Gesetzes erfolgen darf. Wenn die Vorlage nach den Forderungen des Finanzministers zustande kommt, müßte man daran denken, einen Kongreß der tschechischen Städte und Gemeinden einzuberufen, auf dem über eine Masseniederlegung der Funktionen in allen Selbstverwaltungskörpern verhandelt werden müßte.

Der Senat als Kontrollorgan der Verwaltung.

Als eine neue Aufgabe für den Senat bezeichnet das „Právo Lidu“ die Kontrolle der Bürokratie durch diese gesetzgebende Körperschaft. Der Senat sollte sich außer mit gesetzgeberischen Aufgaben damit befassen, die staatliche Administration zu beaufsichtigen. Alle Beschwerden über Langsamkeit, Nachlässigkeit, Gefährdung oder Böswilligkeit der Bürokratie würden dem Senat vorgelegt werden, der sie in seinen Ausschüssen zu behandeln hätte. Die Minister und hohen Beamten der Staatsverwaltung müßten in diesen Senatsausschüssen erscheinen und Rede und Antwort stehen. Der „Senát“, das Zentralorgan der Agrarier, greift diese Gedanken auf und sagt, daß so wie das Parlament sich jetzt einen gewichtigen Einfluß auf das Budget gesichert hat, der Senat sich eine Kontrollfunktion aneignen müsse.

Arbeit für die Arbeitslosen.

Aus der Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Trautau.

In dem Artikel „Kreuzweg der Gemeinden und Bezirke“, der Sonntag, den 20. November l. J., im „Sozialdemokrat“ und einer Reihe anderer sozialdemokratischer Tageszeitungen erschien, wurde auch ein knapper Situationsbericht über den Vorschlag der Stadt Trautau wiedergegeben. Genosse Dr. Wählberger ersucht uns im Auftrage der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Trautaus, um Mitberathungen vorzubereiten um Mitberathung, bzw. Darstellung der Forderungen für die Arbeitslosen (sowohl im Vorschlage der Stadt Trautau für 1933, als auch darüber hinaus). Es heißt darin:

„In dem Bericht über den Vorschlag der Gemeinde Trautau in dem oben genannten Artikel wird angeführt, daß für die Arbeitslosen in Trautau auch nicht durch einen außerordentlichen Vorschlag für Arbeit und Brot gesorgt werde. Diese Darstellung ist unrichtig. Im ordentlichen Vorschlage für 1933 sind 100.000 K für Arbeitslose eingestellt, ferner beantragten unsere Genossen im Stadtrate, im ordentlichen Vorschlage noch 100.000 K für produktive Arbeitslosenunterstützung zum Zwecke von Straßenbauten, die mehr Arbeit als Material erfordern, einzusetzen. Ein genauer Plan der Arbeit wurde vorgelegt. Der Bürgermeister beantragte, in einer der darauffolgenden Sitzungen anstatt der 100.000 K 250.000 K in den außerordentlichen Vorschlag aufzunehmen. Da unsere Genossen die Tragfähigkeit der Post im außerordentlichen Vorschlage bei einem Abgange im ordentlichen Haushaltsplan kennen, verlangten sie, daß 100.000 K in den ordentlichen und die restlichen 150.000 K in den außerordentlichen Vorschlag aufgenommen werden. Mit den Stimmen der Nationalsozialisten wurde dieser Antrag abgelehnt und dann die 250.000 K in den außerordentlichen Vorschlag eingesetzt. Damit wird die Werbung des „Sozialdemokrat“ vom 20. November richtiggestellt.“

Um aufzuzeigen, was für die Arbeitslosen in Trautau getan wird, sei gleichzeitig festgestellt, daß im Jahre 1932 über Antrag unserer Genossen 100.000 K für die Arbeitslosen aus dem außerordentlichen in das ordentliche Präliminar eingesetzt wurden. Ueber Antrag unserer Genossen wurde eine Sammlung eingeleitet, die 120.000 K ergab und die zur Hilfe der Arbeitslosen zur Verfügung gestellt wurde. Für bedürftige Kinder wurde über Antrag unserer Genossen eine Subvention eingeleitet, die einen Ankauf von 16.000 K erforderte. In diesem Winter wird die Aktion wiederholt. Unsere Genossen erwidern dem Bürgermeister Dr. Grah einen Beitrag zur produktiven Arbeitslosenunterstützung von 30.000 K, der beim Bau des Friedhofes aufgewendet wurde, bei dem nur Trautauer Arbeitslose beschäftigt waren. Gegenwärtig gelangen 400 Raummeter Holz für ausgeheuete Arbeitslose zur Verteilung, eine Aktion, die von unseren Genossen herbeigeführt wurde. Ebenso ist angeordnet eine Arbeits- und Wohlfahrt im Gange und eine Sammelaktion wird eingeleitet. Alles was bisher für die Arbeitslosen getan wurde, ist auf das Eingreifen unserer Partei zurückzuführen. Es geht also für die Arbeitslosen in Trautau im Verhältnis zu unserer Nachstellung in der Gemeinde außerordentlich viel, was auch aus einer Kampfbroschüre der Arbeitslosen der verschiedenen politischen Parteien für unsere Genossen anlässlich der Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge in der Gemeindevertreterversammlung vom 11. Juni 1932 zum Ausdruck kam.

Franz Heller: Der k. u. k. Sanitätsdickus

Die Militärverwaltung war, wie gesagt, langmütig, viele Jahre hindurch machte sie Emil keine Schwierigkeiten, als aber im Jahre 1914 die Mobilisierung angeordnet wurde, da hatten es die Herren mit Emil mit einem Male sehr eilig, vergaßens hat er: „Meine Herren, es ist das letzte Mal, sobald das hiesige Krieg erledigt sein wird, will ich gerne eintreten, ob ich Doktor bin oder nicht und mit dem Schnaderkerbchen werden Sie doch auch ohne mich fertig werden.“

„Es handelt sich nicht um Verbien und wir brauchen jeden Mann.“

Als dem klügeren blieb Emil wohl nichts anderes übrig als nachzugeben. Die Sache ließ sich ganz schon an, Emil wurde zum k. u. k. Titular-Sanitäts-Gefreiten befördert und übernahm das Kommando über acht Bleifertenträger der provisorischen Kompanie.

„Ich hoffe“, sprach der Hauptmann, „daß Sie durch Intelligenz erleben werden, was Ihnen an militärischer Ausbildung fehlt.“

Herr Hauptmann können sich auf mich verlassen.“

„Na also, das freut mich und wenn es zur Schlacht kommt, bleiben Sie stets in meiner Nähe, man kann nicht wissen, was mir passiert, verstanden?“

„Verstanden hätte ich, aber ich glaube, so können wir es nicht handhaben, Herr Hauptmann, ich werde mich lieber etwas mehr hinten halten, denn in der Nähe des Herrn Hauptmanns kommt, Gott behüte, auch der Fall eintreten, daß ich früher verlegt werde als der Herr Hauptmann und Herr Hauptmann wären dann ohne sachmännische Hilfe und solche tal-fache Fehler wollen wir verhüten.“

„Ich sehe, daß Sie um mich besorgt sind, das ist recht. Denken Sie stets daran, daß ich es war, der Sie zum Gefreiten befördert hat. Abtreten!“

Schon während des Transportes hatte Emil Gelegenheit, seine Tüchtigkeit zu erweisen. Lange vor der fahrplanmäßigen Abfahrt des Zuges erfolgte die Einnagelung. Sie erfolgte rasch und glatt, denn sie war ausgezeichnet eingeübt. Dieses Emilsen geschah in der Weise, daß auf das Bett, welches genannt, vom Fußboden aus in einem Winkel von 45 Grad ein Bügelbrett gelegt wurde, auf welchem die Soldaten, einer hinter dem anderen, niemals zwei nebeneinander, hinaufmarschieren mußten, immer geradewegs hinauf, niemals zur Seite, niemals rückwärts.

Das Warten in der glühendheißen Bahnhofshalle erzeugte Durst, den sich die Mannschaft während der Fahrt weils durch Singen, tells durch Fluchen und schließlich durch Hunger nach Kräften vertreiben konnte, während er sich bei den Herren Offizieren allmählich ins Unerträgliche steigern mußte. Dies um so mehr, als sich der Zug nur sehr langsam fortbewegte, so daß auch kein Lüftchen Abkühlung gewährte.

Auf der sechsten Station ungefähr gab es eine Restauration und Emils Hauptmann schickte seinen Diener nach einer Flasche Bier. Der Durst blieb auffallend lang aus, erst als die Lokomotive gepiffen hatte, sah man ihn schwankend herankommen und knap vor dem Offizierswagen sank er mit dem für diese Zwecke sorgsam eingesetzten Rufe „Sanität“ zu Boden, die Flasche in der erhobenen Hand seinem Herrn zum Fenster reichend. — ein erhabenes Beispiel von Soldatentreue. Und schon stürzte Emil mit seinen acht Bleifertenträgern dem Armen hilfe-reich zur Seite, während sich der Zug in Bewegung setzte. Die Hilfe der Sanität kam noch zu-recht, die Flasche aber erreichte ihren Herrn nicht mehr, sondern mußte dem verletzten Offiziersdiener zur Ladung dienen. So machte sich

Anhänglichkeit und Pflichterfüllung selbst belohnt. Der Zug war also fort und Emil stand vor der schwierigen Entscheidung: was mit dem Bewunderer! Dieser sprach die Bitte aus, sich erst in der Bahnhofrestauration ein wenig erquiden und von dem ersten Schreden erholen zu dürfen, um dann der Truppe nachzufahren. Allen Emil, im Vollbewußtsein seiner Verantwortung, fand die Sache nicht so einfach:

„Ihr seid Bleifertenträger und wenn Ihr einen Bleifertenträger findet, müßt Ihr ihn ins Spital tragen, in die Stadt zurück ist es zwar ein wenig weit, aber Ihr könnt ja immer schon abwechseln und außerdem schreie ich Euch keine Zeit vor.“

„Ja, was gedenkst eigentlich du zu machen, Gefreiter?“

„Ich werde hier in der Restauration auf Euch warten.“

„Das geht nicht, wenn wir gehen sollen, müßt du mit!“

Emil legte Wert auf gutes Einvernehmen zwischen Kommandant und Untergebenen: „Gut, aber wir gehen schon langsam, bevor wir dort sind, ist hoffentlich der Krieg aus. Jetzt muß ich ihn verbinden! Zieht ihm den Schuh aus und troget ihn in die Restauration, dort kann ich besser ordnen, hier schwoie ich zu sehr. Ein Einfall, bei diesen Dingen einen Krieg anzufangen!“

„Ist der Knochen gebrochen, Gefreiter?“

„Das kann man nicht sagen, ich sehe nur die Haut, die ist allerdings beschädigt.“

Die Auskundschaftungen bei dem Bisslo ergaben als Entfernung der Stadt beziehungsweise des Spitals sechzig Kilometer — das ließ sich hören. Nach entsprechender Stärkung und Abkühlung machte man sich auf den Weg, während der bald bevorstehenden Nacht wurde natürlich in einem geeigneten Gasthause Rast gemacht. Die Verletzungen des Offiziersdieners hatten sich inzwischen, dank der sachmännischen

Behandlung und der sorgfältigen Pflege so weit gebessert, daß er sich bereit erklärte, außerhalb der Truppe selbst zu marschieren, nur durch die Dörfer sollte man ihn tragen, hauptsächlich um das Publikum zum Verdrachen von Viebesgaben zu bewegen, als welche von ihm namentlich Cognak und Zigaretten gerne beansprucht und mit den anderen geteilt wurden.

Im Spital wurde der Held, wie es zu Beginn des Krieges üblich war, mit hohen Ehren und vieler Liebe aufgenommen und einer rund-busigen Krankenschwester zur Pflege übergeben. Die wackeren Bleifertenträger und ihr umsichtiger Kommandant erhielten eine schriftliche Bescheinigung vom Spitalkommando, auf die während der Beanständigungen beim Regiment nicht fürchteten und die Rückreise daher etwas verzögern konnten.

Da aber der Krieg nicht so rasch abgeschlossen wurde, mußte sich Emil, der im Felde den Beinamen k. u. k. Sanitätsdickus erhielt, noch aus so mancher Miere herausbellen.

Die Aufnahme Emils und seiner Sanitätsler beim Regiment war weit über das Maß obligatorischer Kameradschaftlichkeit hinaus herzlich und freundlich. Den armen Soldaten, die immer wieder nach Serbien ein und von dort wieder herausmarschieren mußten, erschienen die lauberen Uniformen und die schön raketen Milch-gesichter wie ein Gruß aus einer fernen, besseren Welt, süß wie die Erinnerung an eine all-lückliche Zeit, an deren Wiederkehr man seine Hoff-nung kammet. Und Emil erzählte von dem feinen Spital, wo es Arznei gibt, die einem alles glauben, was man ihnen erzählt, und zu jeder Lage die zugehörige Krankheit finden, von Krankenschwestern, die des Abends ihr Vergnügen haben wollen, von Viebesgaben und von Freizeiten ins Kino. Und offen, allen mußte er versprechen, sie drückt dorthin zu schicken, sobald sich nur die kleinste Gelegenheit dazu fände. Das waren schöne Sommerabende in der Moskwa.

(Fortsetzung folgt.)

Die „Einheitsfront“.

Mit der Unternehmerinternationale verhandelt man, mit der Arbeiterinternationale nicht.

Die Illusionen unter den Arbeitern, die immer noch an eine „Einheitsfront“ mit den Kommunisten glauben, vergehen immer wieder, daß die deutschen Kommunisten ihre Weisungen aus Moskau erhalten. Moskau aber hat für die Gewerkschaften so wenig übrig, daß es sogar gegenüber den großen Berufsinternationales, die im Internationalen Gewerkschaftsbund organisiert sind, offene Mißachtung zeigt. So schreibt die „IZ“, das Organ der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, in seiner neuesten Nummer (11.) in einem Artikel „Der Eisenbahnverkehr Sowjetrußlands — und anderes mehr“:

„Mit uns, also mit der organisierten Eisenbahnerschaft außerhalb Rußlands, will man anscheinend nichts zu schaffen haben. Nicht einmal Erläuterungen von sachliche Auskünfte werden beantwortet, günstigstenfalls nur notgedrungen. Die russischen Eisenbahnen sind aber Mitglied des Internationalen Eisenbahn-Verbandes (I.E.V.) der Unternehmer-Internationale. In deren Konferenzen und Kommissionen wirken die Vertreter Sowjetrußlands hübsch und ruhig mit. Beispielsweise ist das Volkskommissariat in der Sonderkommission des I.E.V. für automatische Kuppelung vertreten. Wir haben aber bisher noch nie etwas davon gehört, daß von dieser Seite versucht worden wäre, bei der Lösung des Problems mitzuwirken oder die Interessen des Personals zu fördern. Zusammenarbeit mit kapitalistischen Arbeitgebern, mit halb- und ganz faschistischen Regierungen, nebenbei Befämpfung der Klassen- und Arbeitsbrüder anderer Länder — es mag von Takt und Klugheit zeugen, daß dies aber sozialistisch oder zur Förderung des Sozialismus geeignet sei, vermögen wir nicht zu begreifen. Was würden die Eisenbahner Sowjetrußlands selber dazu sagen, wenn sie diese Zustände erfahren könnten?“

Das Volkskommissariat für Eisenbahnverkehr hat es nicht einmal für nötig gehalten, der I.Z. auf ihre Bitte um Zusendung einer vorläufigen vom Volkskommissariat veröffentlichten Broschüre über die Entwicklung des russischen Eisenbahnverkehrs entgegenzukommen. Es hat auf die wiederholte Bitte um Zusendung der Schrift einfach nicht reagiert. Dazu bemerkt die I.Z.: „Begrifflich wäre ein solches Verhalten, wenn wir bisher Ansuchen aus Sowjetrußland um Auskünfte oder Ueberlassung unferer Veröffentlichungen unberücksichtigt gelassen hätten. Dies ist aber nicht der Fall; im Gegenteil, wir haben, wenn man von russischer Seite mit ähnlichen Wünschen an uns herantrat, größtes Entgegenkommen und Bereitwilligkeit an den Tag gelegt.“

Gegen die jugoslawische Diktatur

wendet sich in einem aufsehenerregenden Artikel, den die „Eidove Noviny“ an leitender Stelle wiedergeben, der bekannte und bedeutende englische Journalist E. W. Seton-Watson (Sotus Viator). Bedeutsam ist dieser Artikel deswegen, weil der genannte englische Schriftsteller in der Vorkriegszeit einer der schärfsten Befämpfer der ungarischen Nationalitätenpolitik insbesondere der Unterdrückung der Slowaken und Südslawen gewesen ist. Er steht deshalb sowohl in der Tschechoslowakei als auch in Südslawien in hohem Ansehen. Deswegen ist der scharfe Artikel, die Seton-Watson an den Verhältnissen in Jugoslawien übt, um so größere Beachtung zu finden. Seton-Watson sagt unter anderem:

„Ich kann leider Gores in meinem Kritizismus nicht innehalten. Im Jahre 1911 schrieb ich ein Buch über den skandalösen Agrarvertragsprozeß. Aber obwohl das Benehmen solcher Männer, wie es Zarabochia und Acarti waren, die öffentliche Meinung ganz Europas beleidigt hat, konnte die Presse der Monarchie sogar in Agrar selbst wärdige Berichte bringen. Vergleichen Sie damit die lange Reihe von Prozessen, die unter der jugoslawischen Diktatur, über die unter der jugoslawischen Diktatur, über die Pressenachrichten entweder unerlaubt sind oder bestenfalls in einer grotesk zugeschnittenen Form von der allmächtigen Zensur durchgelassen werden. Außerdem haben politische Gefangene im alten Österreich-Lungarn, z. B. die 13 Serben im Agrarvertragsprozeß, vielleicht das oder jenes Unrecht erlitten, aber niemals waren sie in der Tortur Lebensgefahr und niemals wurden sie der Tortur oder körperlichen Qualen teilhaftig einer Bewußtlosigkeit; während die jugoslawischen Polizei in ihren Opfern in den Agrar, Belgrad, Esfener und Sarajewo Gefangenen begangen worden sind, leider zu bekannt sind, obwohl man die beiden überhaupt niemals an das Licht der Öffentlichkeit gelangt sind. Aber nicht nur das, auch die Urheber dieser Verbrechen sind nicht bestraft worden, obwohl sie jedem bekannt sind und einer ihrer Hauptorganistoren, Herr Bedelovic wurde im Vorjahr vom König ausgezeichnet und dann von der Regierung Erbkämmerer auf eine hohe Stelle im Innenministerium befördert. Als Sursman Aga von Abdul Damid für keinen Anteil an den bulgarischen Greuelen ausgezeichnet wurde, hat Herr Gladstone öffentlich im Unterhaus protestiert. Heute sind wir ob der Greuel und Ungeheuerlichkeiten in vielen Ländern weltweit von Welt erfüllt, aber heute gibt es keinen Gladstone, der protestiert!“

Die scharfe Beurteilung, welche hier die jugoslawische Diktatur durch einen solchen Freund der Slawen findet, wie es Seton-Watson ist, werden die Sympathien, die in tschechischen Kreisen und zwar bis in die Tiefe für Jugoslawien noch vorhanden sind, hoffentlich etwas abgekühlt werden.

Schwere Budgetsorgen der Regierung.

Trapls Steuerpläne stoßen auf starken Widerstand. Heute Parteienberatungen.

Prag, 30. November. Nach der radikalen Zentung der Ausgabenposten des Budgets muß sich die Regierung nunmehr der unabweisbaren Aufgabe unterziehen, neben der Zentung der Staatsangestelltengehälter auch noch neue Einnahmquellen zu erschließen, um auch bei dem zu erwartenden weiteren Sinken der bisherigen Steuererträge das Budgetgleichgewicht für 1933 unter allen Umständen zu sichern.

Der Herr Finanzminister, der schon einige Male bei früheren solchen Gelegenheiten bestimmt versprochen hat, daß diese oder jene Steuererhöhung die letzte sei, die er zur Ausbalanzierung des Budgets noch benötige, hat kürzlich mit einer ganzen Reihe von neuen Steuer- und Zollerhöhungsvorschlägen aufgetreten, die bei den sozialistischen Parteien begrifflicherweise nicht auf das geringste Verständnis stoßen.

Um diese neuen Steuerprojekte geht nun der Kampf innerhalb der Regierung. Dienstag abends beschäftigten sich die politischen Minister bis spät nachts mit diesen Fragen; heute wurden diese Verhandlungen fortgesetzt, ohne daß die bestehenden

Differenzen wesentlich geringer geworden wären, auch wenn Trapl schon auf einzelne besonders unpopuläre Dinge, so auf die Fleischsteuer, bereits verzichtet hat.

Morgen tritt in den Verhandlungen innerhalb der Regierung eine eintägige Ruhepause ein, da nunmehr die leitenden Körperschaften der einzelnen Koalitionsparteien zu diesen Fragen Stellung nehmen werden. U. a. ist auch der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie einberufen worden.

Die Meldungen einzelner Mütter, als ob das gesamte Budget schon fix und fertig sei, sind deshalb stark übertrieben. Bis auf wenige strittige Punkte ist dagegen schon die Haushaltsvorlage fertiggestellt, mit der sich heute auch der Ministerrat beschäftigt. Auf der Tagesordnung des Ministerrates stand auch das Automobilgesetz, bei dem der § 12 (sprachliche Fragen) noch nicht bereinigt ist.

Von dem Ergebnis der morgigen Parteienberatungen wird der weitere Verlauf der Regierungsverhandlungen über die Einnahmenseite des Budgets wesentlich abhängen.

Wehrausschuß gegen Soldkürzung.

Weitere Verhandlungen mit dem Minister

Prag, 30. November. Im Wehrausschuß, der heute die Debatte über die Beschwerden der Bevölkerung in der Umgebung des Wdys-Schießplatzes fortsetzte, erklärte der Vorsitzende David zu Beginn der Sitzung, daß eine Petition der Mitglieder der koalitierten Parteien des Wehrausschusses sich gegen die beabsichtigte Herabsetzung des Mannschaftsoldes wende.

Minister Bradak erklärte, daß das Budget seines Ressorts um 64 Millionen herabgesetzt worden sei. Die Militärverwaltung werde daher bei jeder Krone sparen müssen, wobei allerdings die Ausbildung der aktiven Mannschaft nicht leiden dürfe. Das Ministerium habe selbst nicht die Initiative der Soldherabsetzung ergriffen; die Herabsetzung des Budgets der Militärverwaltung sei aber so groß, daß man auch mit dieser Maßnahme ernsthaft rechnen müsse.

In der Debatte nahmen vor allem die Genossen Heeger und Hummelhaus entschieden gegen jede Herabsetzung des Soldes Stellung.

Genosse Heeger

legte ausführlich dar, was der Soldat sich alles von seiner Löhnung zu beschaffen hat. Die Mehrheit der Soldaten gehört den armen und ärmsten Schichten an, die von zu Hause keine Unterstützung bekommen können und die deshalb durch eine Kürzung des ohnedies geringfügigen Soldes schwer betroffen würden. Aus diesen sozialen und menschlichen Rücksichten müßte deshalb die Kürzung des Militärbudgets nicht beim Sold, sondern bei anderen Posten in den Sachauslagen herabgebracht werden.

Am Schluß der Sitzung erklärte der Vorsitzende David, daß Vertreter des Wehrausschusses mit dem Minister in weitere Verhandlungen eintreten werden, um ihn zu veranlassen, daß er eine Soldkürzung nicht zulasse.

Die Resultate der Spar- und Kontrollkommission.

Die wir gestern berichteten, ist durch eine Sitzung des verfassungsmäßigen Zieberschusses das Projekt einer eigenen Spar- und Kontrollkommission wieder in Fluß gekommen.

Nach der neuen Fassung, die die parlamentarischen Faktoren der Vorlage geben wollen, soll der Ausschuss aus 16 Abgeordneten und acht Senatoren und ebenso viel Erstwählern bestehen. Da nach dem Verhältnismäßigrecht gewählt wird, wird auch die Opposition ihrer Stärke entsprechend vertreten sein. Die Funktion der Mitglieder überdauert wie beim Ständigen Ausschuss eine eventuelle Auflösung der Kamern. Als Geschäftsordnung wird die des Parlamentes übernommen. Die Verhandlungen dieser Kommission sind nur dann vertraulich, wenn die Kommission es ausdrücklich beschließt. Bruch dieser Vertraulichkeit kann über Antrag der Kommission die Enthebung von der Mitgliedschaft durch das Parlament, beziehungsweise den Senat zur Folge haben.

Der Sparsausschuß.

Die Kommission wählt ein Präsidium, bestehend aus dem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern und zwei Schriftführern. Dieses Präsidium übernimmt als sogenannter Sparsausschuß gleichzeitig im wesentlichen die Arbeit, die Erparungsstendenz verfolgt. Dieser fünfgliedrige Sparsausschuß kann vom Plenum der Kommission durch Wahl durch höchstens fünf weitere Mitglieder ergänzt werden. Die dem engeren Sparsausschuß obliegt es, in Zusammenarbeit mit der Regierung, namentlich mit dem Finanzminister, sowie mit dem Obersten Kontrollamt anbeschadet der Rechte und Pflichten der Regierung auf eine sparsame Wirtschaft im Staat und in den Staatsbetrieben zu sehen, sich ferner als Beratungskörperschaft des Finanzministeriums an den Beratungen für das Budget zu beteiligen und den Staatsrechnungsschluß, u. a. der Genehmigung durch beide Kamern nach weiteren künftigen Sparmöglichkeiten durchzustudieren.

Der Sparsausschuß ist nicht an die Einberufung durch die Regierung oder andere Faktoren gebunden, sondern verhandelt aus eigener Initiative. Seine Verhandlungen sind stets vertraulich. Ueber die Arbeiten am Budget erstattet er auch der Kommission keinen Bericht; über seine sonstigen Verhandlungen berichtet er binnen zwei Monaten dem Plenum der Kommission, die dann über die Vorlage dieses Berichtes an die Kamern entscheidet.

Die Kontrollfunktion

dagegen kommt der gesamten Spar- und Kontrollkommission zu. Hier ist die Kommission berufen, Mißstände oder Unforerlichkeiten in der öffentlichen Verwaltung aufzudecken und abzustellen, auch soweit es sich dabei um den Mißbrauch des Mandats durch Parlamentarier handelt. In dieser Funktion verhandelt die Kommission auf Grund von Interpellationen, Interpellationsantwortungen oder Petitionen, die ihr von einer Kammer übergeben werden (also nicht aus eigener Initiative!). Es kann aber auch der etwaige Sparsausschuß der Kommission selbständig bestimmte Untersuchungsaufgaben zuweisen. Der Minister, in dessen Ressort die Untersuchung eingreift, ist von der Kommission rechtzeitig zu verständigen.

Die Untersuchung selbst erfolgt etwa analog wie in dem bisherigen Untersuchungsausschuß, also durch drei für den bestimmten Fall gewählten Personen, nämlich durch den Referenten, den Vorsitzenden und den Schriftführer. Ueber das Ergebnis erstattet der Referent einen schriftlichen Bericht an die Kommission, die beschließen kann, die Protokolle über die Zeugnisaufnahmen ganz oder zum Teil im Plenum der Kommission zur Besetzung zu bringen. Auch eine Zeugnisaufnahme durch das Plenum der Kommission ist unter bestimmten Voraussetzungen vorgesehen. Die Kommission erstattet über das Ergebnis dann einen schriftlichen Bericht an die betreffende Kammer.

Die Sparskommission würde auf dieser Basis etwa die Kompetenz haben, die der früheren, nie richtig ins Leben getretenen Kommission zustand. Inwiefern die Regierung mit der Abgrenzung des Kontrollrechtes der Kommission einverstanden sein wird, bleibt erst noch abzuwarten.

Wie die Kommunisten

in Karnathorubland agitieren.

Der Senat beschäftigte sich Dienstag auch mit dem Fall des kommunistischen Senators Lokota, der am 20. November d. J. in Stawno in Karpathorubland auf freier Tat verhaftet wurde.

Lokota hatte dort in einer unangemessenen Versammlung den Leuten über die Vorfälle in Bolomla referiert und ihnen eingegeben, daß dort das einschreitende Militär zum Teil die Waffen weggenommen, ja die Dörfer selbst damit bewaldnet habe; die anderen Soldaten seien von den Demonstranten entwaffnet worden. Das Volk müsse es überall so machen wie in Rußland. Wenn es von Gendarmen angegriffen werde, müsse es ihnen die Waffen abnehmen.

Als dann tatsächlich die Gendarmen einschritten, soll Lokota die Anwesenden aufgefordert haben, sich auf die Gendarmen zu stürzen, riefte sich mit den Gendarmen und versuchte, einem das Gewehr zu entreißen.

Von der Verhaftung hat das Kreisgericht nach § 25 der Verfassung sofort das Senatspräsidium in Kenntnis gesetzt. Gleichzeitig wurde auch ein Ausschließungsbegehren gegen ihn eingebracht. Der Senat hat über Antrag des Immunitätsausschusses gegen die weitere Inhaftierung Lokotas keinen Einspruch erhoben und gleichzeitig auch dem Auslieferungsbegleichen in dem meisten Punkten Rechnung getragen. Der Immunitätsausschuß ist bei seinem Antrag von der Ansicht ausgegangen, daß man ein derartig verantwortungsloses Handeln eines Volksvertreters nicht beden könne.

Man kann sich un schwer vorstellen, was für ein Blutbad da wieder hätte entstehen können, wenn die unwissenden Slowaken sich von Lokota tatsächlich dazu hätten hinreich lassen, nämlich gegen die Gendarmen vorzugehen. Vor Gericht wird sich ja zeigen müssen, ob, wie die Kommunisten behaupten, alle diese amtlichen Angaben über Lokotas Verhalten nur rein aus den Fingern gezogen sind!

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Vorbereiten für den Internationalen Sporttag in Auffs.

Im Juli oder August 1933 wird in Auffs ein vom Zentralkomitee aller Arbeitersportorganisationen der Tschechoslowakei veranstalteter Sporttag stattfinden. Neben allen Arten des Sportes und Spieles werden auch die Gerätemänner mit ihren besten Kräften aufmarschieren. Die Ausarbeitung der Geräteübungen für die Turnrinnen hat der Technische Ausschuss der I.Z., Prag übernommen, die Männerübungen werden vom Aus vorgelegt. Eine gemeinschaftliche Sitzung beider Verbände hat sich bereits über das Rahmenprogramm geeinigt. Eine zweite Sitzung hat auch die Frauenübungen zur Kenntnis genommen. Nach Genehmigung und Durchberatung der Männerübungen, die in nächster Zeit zu erwarten ist, wird die organisatorische Vorbereitung der Veranstaltung, die von größerer Bedeutung sein wird, in die Wege geleitet werden.

Schulungsarbeit bei den Spielfunktionären.

Die Spielbewegung hat in den letzten Jahren im Aus einen großen Aufschwung genommen und tausende junge Menschen dem Arbeitersport zugeführt. Die Fußballbewegung zählt gegenwärtig mehr als 6000 aktive Spieler. Diese jungen Sportler zu bewachten Arbeitersportlern und Sozialisten zu erziehen, ist die besondere Aufgabe der Jugendleiter und Erziehungsfunktionäre im Aus sein. Im Frühjahr wird planmäßig damit begonnen, die Mannschaftsführer, Spielleiter und Schiedsrichter auf diese Aufgaben einzustellen. In eigenen Versammlungen und Konferenzen der Fußballer werden organisatorische Fragen behandelt werden.

Wintersport in Nordböhmen.

Die Wintersportbewegung des 5. Kreises, die sich auf 10 Bezirke erstreckt, hat in den letzten Jahren einen großen Aufschwung zu verzeichnen. Die Techniker des Kreises haben für das Jahr 1932-33 folgenden Arbeitsplan ausgearbeitet:

In den Weidnachtsferien findet ein Lehrgang für Bezirksportleiter statt, der in Zinnwald Ausbeim abgehalten wird.

Kreisveranstaltungen sind folgende vorgesehen: Kreisreisen in Oberpöhlau am 11.-15. Jänner. Das Programm umfaßt: Langläufe 15 Kilometer, Sprunglauf und Mannschaftsskijede.

Kreisreisen in Zinnwald. Anfang Jänner. Programm: Langläufe, Mannschafts- und Hindernisläufe.

Im Jänner finden in allen Bezirken Bezirksauswärtige statt. Für Eislauf wird ein Lehrgang abgehalten. Wo die Möglichkeit vorhanden ist, werden Eishockeymannschaften gegründet.

Weißer Zähne: Chlorodont

Einberufung der Landesvertretung für Böhme

Für den 13. Dezember und u. a. Bedarf auch die nachfolgenden Tage wurde die Landesvertretung für Böhmen zu einer Sitzung einberufen, um eine 23 Punkte umfassende Tagesordnung zu erledigen. Es handelt sich in der Hauptsache um Personalangelegenheiten und Berichte, die über früher in der Landesvertretung eingebrachte Anträge erstattet werden sollen. Von Bedeutung dabei ist der Bericht über die Förderung nach erhöhtem Jagdschuß, jener über die Unterstützung der nicht subventionierten ständigen und wandernden Jäger, der Bericht über den Antrag zur Unterstützung von Tagesschmieden in den Landgemeinden, zum Ausbau der Mutterberatungsstellen auf dem Lande und zur Errichtung von Krankenpflegestationen. Ferner wird ein Bericht über den Antrag auf Ausgestaltung der Unfallfürsorge für Alkoholiker und für Personen, die unter Raufschüssen zu leiden haben, erstattet werden. Weiter soll ein Gutachten über den Gesuchsantrag zum Bau und der Erhaltung der öffentlichen Straßen und Wege und über den Entwurf einer Straßennetz- und Wegepolizeiverordnung, also eine für die Selbstverwaltungskörper äußerst wichtige Frage, abgegeben werden.

Reaktionäre Haltung der Zentrale der tschechoslowakischen Handelskammern. Die führenden Funktionäre der Handelskammern in der Tschechoslowakei scheinen zu glauben, daß es ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit ist, in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen die ärgste sozialreaktionäre Bestimmung zur Schau tragen zu müssen. Der sozialpolitische Ausschuss der Handelskammernzentrale hat nämlich beschlossen, auf seinem abliegenden Standpunkt gegen jede Lösung der Arbeitszeitverkürzung auf legislativem Wege zu beharren, ohne im übrigen dagegen zu sein, daß die Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern in den wenigen Industriezweigen, in welchen die besonderen Verhältnisse es gestatten, eine kürzere Arbeitszeit einvernehmlich festsetzen. So wie die Vorgänger der Herren, die jetzt in den Handelskammern den Ton angeben, gegen den Achtstundentag waren, so sind die jetzigen Funktionäre der Kamern gegen eine weitere Arbeitszeitverkürzung auf gesetzlichem Wege. So wenig sich aber der Achtstundentag hat aufhalten lassen, so wenig wird die vierzigstundentag vor den gestrengen Mienen der Handelskammern gewaltigen Halt machen. — Damit die Öffentlichkeit übrigens sehe, wer hinter der Sache steht, wollen wir festhalten, daß den Vorsitz in der betreffenden Sitzung der Herr Ing. Scherb aus Eger führte.

Tagesneuigkeiten

Emil Jäckel

Einer der verdienstvollsten Männer der Arbeiterbewegung Böhmiens, Emil Jäckel in Wien, ist Dienstag, den 29. November, gestorben. In der gesamten deutschen Arbeiterbewegung der Tschechoslowakischen Republik, in



der Jäckel gekannt und geschätzt war, wird diese Nachricht tiefe Trauer hervorrufen.

Emil Jäckel ist am 26. Oktober 1873 als Kind proletarischer Eltern zur Welt gekommen. Kaum hatte er die Schulzeit hinter sich, mußte er einen Beruf ergreifen, um seinen Eltern hilfreich beizustehen. Er wurde Maurer, durchwanderte nach der Ausleihe die westböhmisches Industriegebiete und gelangte dann nach Bayern, wo er sich der Arbeiterbewegung anschloß. Aus Deutschland als tüchtiger Bauarbeiter zurückgekehrt — er brachte es zum Polier — trat Jäckel in die politische und gemeinschaftliche Arbeiterbewegung des tschech. Gebietes ein und wurde der führende Vertrauensmann der tschech. Arbeiterschaft. Während der Kriegsjahre war er Lebensmittelkommissar für den Bezirk Tsch. 1920 wurde er Vorsitzender der Bezirksverwaltungs-Kommission des tschech. Bezirkes, als welcher er ganz Bedeutendes geleistet hat. Seine Liebe galt der Förderung sozialer Einrichtungen und am meisten war ihm daran gelegen, daß der Bezirk Tsch. ein Krankenhaus bekomme. Sein fester Wille und sein unablässiges Drängen blieben nicht ohne Erfolg: der Bau des Bezirkskrankenhauses wurde im Frühjahr dieses Jahres in Angriff genommen und steht seiner Vollendung entgegen. Leider war es Jäckel nicht vergönnt, sein Werk vollendet zu sehen. In der Partei war Jäckel lange Jahre Bezirksvertrauensmann unserer tschech. Organisation, in der Gemeinde hatte er in der ersten Periode nach dem Umsturz die Funktion des Bezirksvertrauensmann inne. In der Gewerkschaftsbewegung stand Jäckel durch mehr als 25 Jahre an der Spitze der Bauarbeiter des tschech. Gebietes, seine Tätigkeit während dieser Zeit zu schildern und zu würdigen, hieße die Geschichte der Bauarbeiterbewegung nicht nur des tschech. Gebietes, sondern auch des Egerlandes zu schreiben. Es kann gesagt werden, daß es von den Kämpfen des Egerlandes bis tief hinein in den Böhmerwald kein Dorf gibt, in dem Bauarbeiter wohnen, das Jäckel nicht aufgesucht hätte. Er war es auch, der, nachdem das kommunistische Spaltungswort im tschech. Gebiet mit besonderer Gründlichkeit betrieben worden war, die Bewegung im tschech. Gebiet wieder aufrichtete. So konnte er, zufrieden mit seinem Lebenswerk, im Jahre 1930 mit Rücksicht auf seine erschütterte Gesundheit in den wohlverdienten Ruhestand treten. Freilich gönnte er sich nicht die notwendige Ruhe und ließ sich nicht davon abhalten, auch weiterhin für die Arbeiterbewegung zu arbeiten und den Funktionen mit Rat und Tat beizustehen. Oft sagte er von seinen Verfassungen: „Schmutzig ist das Gewand des Maurers, rauh ist seine Hand, rauh ist seine Stimme, aber in dieser rauhen Hülle steckt ein guter Kern, ein treues Kämpfer- und Menschenherz.“ Ein solch treues Kämpfer- und Menschenherz war Emil Jäckel. Dieses treue Herz hat nun zu schlagen aufgehört, aber die Arbeiter des tschech. Gebietes und die gesamte deutsche Arbeiterbewegung dieses Landes werden den tapferen Kämpfer, opferbereiten Genossen und das treue sozialistische Herz nicht vergessen!

Rückkehr aus Rußland.

Aus Uhorod wird dem Tsch. P. A. geschrieben:

Dieser Tage kehrte zu seinem Bruder in der Gemeinde Oradova im Bezirk Mukacevo der Landwirt Meko zurück, der im Jahre 1926 mit seiner Frau und zwei Kindern gemeinsam mit 33 anderen Familien aus Karpathienland nach Sowjetrußland mit einem Auswanderertransport abgereist war. Der Transport war aus Biltina abgefertigt worden mit dem Ziel Biskup im Turkestan, Meko, der vor seiner Auswanderung in Buznawo bei Mukacevo sein häusliches Anwesen und drei Stück Rindvieh sowie Grundstücke verkauft hatte, ist nun in seiner Heimatgemeinde vollkommen verarmt eingetroffen. Er hatte bei der Genossenschaft damals einen An-

teil von 3000 K, ferner 5000 K als Erfah der Reisepfeil und weitere Gebühren für die machinelle Einrichtung einer Baumwollfabrik u. a. erlegt. Die Genossenschaft erstattete ihm bloß eine Einlage von zwei Dollars zurück. Nunmehr ist Meko glücklich, gegen Lohn bei Dorfbauern arbeiten zu können.

Denn sie sind die Blüte der Nation!

München, 29. November. (Eig. Draht.) Ein interessanter Totschlagsprozess mit homosexuellem Hintergrund wird seit Dienstag unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor dem Münchener Schwurgericht verhandelt. Angeklagt ist der 39-jährige Geflügelhändler Eugen Frensch aus Oberhof bei Tegernsee, Vorsitzender der nationalsozialistischen Ortsgruppe Tegernsee.

Frensch hat am 25. Mai seinen Hausmeister und Freund, mit dem ihn monatelang ein inziges homosexuelles Liebesverhältnis verband, durch vier Revolverkugeln verwundet und getötet. Verschänte Liebe war das Motiv der Tat. Der Hausmeister, dem die Sache nicht mehr geheuer war, wollte seinen Herrn am gleichen Tage verlassen. Der Mörder war am Tegernseer Offiziers-Kasernen ein gern gesehener Gast. Seiner nationalsozialistischen Ortsgruppe hatte er, dem seine Geflügelzucht zusammen mit seiner Offizierspension ein recht auskömmliches Dasein ermöglichten, einmal großzügig 5000 Mark spendiert. „Ein weiblicher Mensch, der leicht zum heulen neigt, kein Mannsbild — wie man so sagt“, so wurde der Angeklagte von einem Sachverständigen charakterisiert. Tatsächlich benahm er sich vor Gericht wie ein Jammerklapper, ganz anders als in seinen „tschech.“ Versammlungen. Er will im Zustand höchster Erregung gehandelt haben, nachdem er sich vorher seinem Freund zu Füßen geworfen und ihn angefleht hatte, zu bleiben. Auch der Getötete war ein früherer Nationalsozialist, sprach viel in Versammlungen und bewog sich noch häufiger in homosexuellen Kreisen. Wie eine gefeierte Primadonna puderte, schminkte und parfümierte er sich, empfing Herrenbesuche, erhielt Blumensträuße und fand dabei noch immer Zeit, für Adolf Hitler zu agitieren, dessen Photo er ständig mit sich trug. Zu dem Prozess sind 32 Zeugen und vier Sachverständige geladen.

Geständnis des Wiener Frauenmörders.

Wien, 30. November. Franz Blazek hat heute Abend nach einem mehrstündigen Verhör vor dem Polizeidirektor Sieghausel zugestanden, daß er Freitag, den 28. Oktober mit Hermine Unterstöger einen Streit hatte, da sie von ihm Geld verlangte und er es ihr nicht geben konnte. Im Verlauf des Streits packte er sie beim Hals und würgte sie. Da sie sich plötzlich nicht mehr rührte, glaubte er, daß sie spaffe. Dann sah er aber, daß sie tot war. Hierauf zerstückelte er die Leiche und trug die Leichenteile nach und nach von Bretfeld in die Donau.

Zwei Vergleute verschüttet

Dorsten (Westfalen), 29. November. (Eig. Draht.) Auf der Jagd fürst Leopold in Dorsten ereignete sich am Mittwoch vormittag ein schwerer Grubenunfall. Durch einen Gebirgschlag auf der dritten Sohle wurden zwei Vergleute verschüttet. Sie konnten nur als Leichen geborgen werden.

„Ministerialrat Halik verlangte nur ein Auto“

„Ministerialrat Halik verlangte nur ein Auto“ jagte der Mann mit dem umstrittenen freien Geleite aus, Franz Stejskal, von dem behauptet wird, daß er so ziemlich das ganze Eisenbahnministerium bezüglich seiner Kohleninteressen zu gewinnen wußte. „Nur“ ein Auto, aber das hat er natürlich niemals bekommen, denn in diesem Zirkonprojekt hat natürlich niemals nichts auf dem Tisch eines einflussreichen Menschen gelegen; die Gelder sind eben vom Himmel gefallen und so konnte es geschehen, daß dieser selbe Ministerialrat Halik mit einem Monatseinkommen von etwa 6000 K Aktien im Werte von einer Million und dreihunderttausend Kronen hinterlassen konnte, wie das Gericht aus den Verlassenschaftsakt feststellt hat. Es geht eben nichts über Ritter ohne Furcht und Tadel, die sich ihr sauer verdientes Geld sam und besonders auf die bekannte hohe Kante legen; bei einem Höchsteinkommen von achtzigtausend Kronen (mit allen Diäten) hat also der Herr Ministerialrat sechzehn Jahre und drei Monate von nichts anderem als der Liebe zum Beruf gelebt, wobei nur auffallen muß, daß bis zum heutigen Tag erst vierzehn Jahre und einen Monat tschechoslowakischer Republik verfloßen sind. Doch die Weltwunder des zwanzigsten Jahrhunderts sind dreimal hoch ihre „ehrenfeiten“ Zeugen! Herr Halik hat natürlich niemals fünfzigtausend Kronen Monatsgehalt von Stejskal erhalten; und Dr. Ludwig war ordentlich und fromm, „bis er sich dem Trunk ergeben hat“, wie der Zeitszeuge in tiefer Erregung zu sagen wußte, so daß man sich ja nicht darüber wundern kann, wenn der Mann ehrenwerte Bürger vor Gericht belastete. Dieser Halik, der sich mit Stejskal wegen des verweigerten Autos bei Philipp (nicht in Pant) wiedersehen wollte, wäre überhaupt ein rührend disreter Mensch gewesen, was Informationen aus dem Eisenbahnministerium anzeigt: er hätte sich über dieses höchstens mit

Weinmann oder Pfeißel ausgesprochen, die, weld' seltenes Wunder, auch an Kohlen und Eisenbahnen interessiert sind. Das Glückkind Halik hätte reich geheiratet, in besten Verhältnissen gelebt, in Dresden die Inflation durch einen Hauskauf ausgenützt und auch sonst an der Börse spekuliert, war also das Muster eines glücksbegünstigten Beamten, der sich gegen das Eingreifen der Bürger in den Waggonangelegenheiten mit Recht zur Wehr setzte . . .

Korruption in der Lundenburger Gemeinde. Am Montag wurden der Stellvertreter des Bürgermeisters von Lundenburg Johann F. d. h. l. der Gemeinderat Johann Smysla und der Landwirt Benzel Caspa im Zusammenhang mit der Affäre der Ernte von den Gemeindegrundstücken verhaftet. Die Gemeinde Lundenburg bewirtschaftet nämlich etwa 150 Neben-Gemeindegründe selbst — der sich nicht zu einem befriedigenden Preis verpackten ließ, da sich darauf ein Notlandungsplatz für Flugzeuge befindet. Nunmehr wurde festgestellt, daß eine Menge des auf diesem Gemeindegrund geernteten Getreides nicht in die Gemeindepullen gebracht, sondern an private Personen abgeführt wurde. Man erwartet, daß noch weitere Personen verhaftet werden.

Skandalöse Zustände in einer Offizierschule. Im gestrigen Wehrausschuss brachte Genosse Heeger auch die unerhörten Zustände in der Offizierschule in Preßburg zur Sprache und schäuferte an der Hand von Beispielen, was die Rekruten zu erdulden haben und daß von 127 Offizierschülern bereits 17 wieder freiwillig zum Regiment zurückgekehrt sind. Durch die rohe, brutale Behandlungsweise werden Offiziere herangebildet, die diesen Geist dann wieder in die Armee weitertragen. Genosse Heeger erklärte sich bereit, eine Schilderung der Vorkommnisse dem Ministerium zu überreichen, verlangte jedoch eine strenge Untersuchung nicht bloß durch die militärischen Vorgesetzten, sondern eine Untersuchung, der auch Mitglieder des Wehrausschusses beizugehen wären.

Fest der Unkultur. Unter großen Formlichkeiten, bei welchen einige Fässer Rotwein geöffnet und ausgetrunken wurden, wurde Dienstag der Quai an der Seine in Paris, an dem der Großteil der mit Wein beladenen Schiffe anlegt, in feierlicher Weise auf „Quai Franklin Roosevelts“ umgetauft. Die Weinbändler und die Hafenarbeiter, die diese Umbenennung gemeinsam feierten, tranken aus den vollen Fässern, wobei sie mit französischen und amerikanischen Fahnen winkten.

Beim Reinigen der Schußwaffe getötet. Der 24-jährige Sohn des Arztes August Meißels in Berehovo (Karpathienland) reinigte in der Wohnung seiner Eltern in Berehovo eine Repetierpistole, wobei er sich so unvorsichtig benahm, daß ein Schuß losging. Der Schuß traf die in der Wohnung anwesende 14-jährige rufinische Mädchen Vinka Bredowka in den Kopf. Sie wurde in das Krankenhaus von Berehovo gebracht, erlag aber bald nach ihrer Einlieferung den erlittenen Verletzungen. Meißels wurde verhaftet und in Preßburg inhaft genommen.

Eine glückliche Erbin. Eine 92-jährige Witwe, die in einem lothringischen Dorf lebt, ist Witerbin an einer Hinterlassenschaft von 420 Millionen Franken ihrer in Amerika verstorbenen Schwester geworden.

Die Falschmünzerei Mühl. Im Dorfe Bracht (Niederrhein) hat die Kriminalpolizei eine Falschmünzerei eruiert, die in einem Fühnerhause untergebracht war. Die Beamten fanden fertige Markstücke, Formen, Ziegel, Metall, überhaupt alles, was zur Falschmünzerei erforderlich ist. Mehrere Verdächtige wurden festgenommen.

Ein guter Richtig. Eine traurige Entdeckung mußte Dienstag abends ein Goldwarenhandler aus Leipzig machen, der seinen Personalwagen in einem Torweg in der Krantenstraße unbewacht stehen lassen. Während der kurzen Zeit seiner Abwesenheit waren aus dem verriegeltesten Wagen drei braune Lederkoffer gestohlen worden, in denen sich mehrere Tausend Ringe, Zigarettenetuis, Feuerzeuge und andere Gegenstände befanden. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen beträgt 25.000 bis 30.000 Mark.

Mord und Selbstmord. Gestern mittags ereignete sich in Brunn-Debrösch ein blutiges Verbrechen. In der Saska-Strasse 17 erschog der 19-jährige Schuhmacher Franz Mlynel aus Kostelec die 29-jährige Fleischhauerhilfswirtin Marie Palaš. Hierauf richtete er die Waffe gegen sich und schoss sich eine Kugel in den Kopf. Er wurde von der Rettungsabteilung in die Landeskrankenanstalt gebracht, wo er bald darauf seinen Verletzungen erlag. Hinterlassenen Briefen zufolge ist die Ursache der Tat unglückliche Liebe. Mlynel war nämlich verheiratet und unterhielt mit der Palaš schon durch längere Zeit hindurch ein Liebesverhältnis.

Schweres Kraftwagenunglück. Der Kraftwagen dreier Meier Kaufleute, die am Sonntag einen Jagdausflug gemacht hatten, verunglückte in der Nähe des Meier Friedhofes. Der Wagen verbrannte. Einer der Insassen kam in den Flammen ums Leben, ein zweiter Insasse wurde herausgeschleudert und ebenfalls tödlich verletzt. Der dritte ringt mit dem Tode.

Unglück auf der Untergrundbahn. Ein mit 21 Personen besetzter Aufzug der Madrider Untergrundbahn stürzte in den Fahrstuhlschacht hinab. Sämtliche Reisende wurden verletzt.

Vom Rundfunk

Empfehlungswertes aus den Programmen.
 Prag: 6.15: Gymnastik. 11: Schallplatten. 15.30: Klavierkonzert. 17.05: Zirkuskunst. 18.25: Deutsche Zeitung: Reiner-Denk: Gymnastik für unsere Kleinkinder. 19.20: Konzerte. 20.30: Beethoven-Vollkonzert. 22.15: Zeitgenössische Musik.
 Wien: 18.25: Deutsche Zeitung: Sportberichte. 19.20: Schrammel-Kunst. 21: Reifer Pöschl. — Preßburg: 21: Popul. Orchesterkonzert. — Berlin: 18.25: Pöschl. — Breslau: 18.20: Richard Strauss-Konzert. — Mühlacker: 20: Sinfoniekonzert. — Hamburg: 19.30: Alte und neue Lieder. — Königsberg: 20: Moderne Musik. — Leipzig: 21.30: Berühmte Tenöre. — München: 21.05: Sinfoniekonzert. — Wien: 10.50: Liederabend durch das österreichische Schloß der Gloggnitz. 20: „Ein Maskenball“, Oper von Verdi.

Brand im Zliner Elektrizitätswerk. Mittwoch entzündete sich in der neuen Kohlenmühle beim Elektrizitätswerk der Bolawerke in Zlin Kohlenstaub. Durch die emporwühlenden Flammen erlitten der Maschinenmeister Janků und der Meister Kubicek Brandwunden. Sie wurden in das Bata-Krankenhaus übergeführt. Die Ärzte hoffen, daß die Verletzten am Leben erhalten werden. Der Brand wurde binnen 30 Minuten gelöscht und die Maschinen-einrichtungen so repariert, daß das Elektrizitätswerk den vollen Betrieb aufrecht erhält. Die Brandursache wird untersucht.

Schwarz und Volontärin. Das Landgericht in Guben verurteilte den bisherigen Chefart und Direktor des Krankenhauses der Stadt zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis, weil er unzüchtige Handlungen an minderjährigen Volontärinnen, die im Krankenhaus beschäftigt waren, vorgenommen hatte.

Ein Spionageprozess in Uhorod. Der Straf-senat des Kreisgerichtes in Uhorod fällt am Dienstag abends nach dreitägiger geheimer Verhandlung in dem Prozess der Spionageaffäre zu Gunsten Ungarns das Urteil. Das Gericht verurteilte den Postangestellten Johann Cernich aus Munkacs zu vier Jahren und den Handelsreisenden Karl Waj aus Munkacs zu sechs Jahren Zuchthaus. Michael Varga wurde freigesprochen. Cernich hat Berufung eingelegt. Der Staatsanwalt hat im Falle Varga Berufung eingelegt, worauf der Senat beschloß, Varga in Haft zu belassen. Waj hat die Strafe angenommen.

Die Tragödie des Arztes. Der Selbstmordversuch der vor einigen Tagen in Hamburg verhafteten Arztes Dr. Enoch wird vermutlich nicht zum Tode führen. Die Ärzte haben begründete Hoffnung, Dr. Enoch zu retten. Es hat sich inzwischen bestätigt, daß — im Gegensatz zu dem Verdacht der Staatsanwaltschaft — niemand durch die Enochischen Serum-Einspritzungen an seiner Gesundheit geschädigt wurde. Die gegen Dr. Enoch erhobenen Vorwürfe sind erlogen — sie kommen sämtlich aus nationalsozialistischer Quelle. Die Nazis, die ihre Informationen von einem entlassenen Angestellten bezogen, hatten u. a. behauptet, daß Dr. Enoch Fleisch von eingegangenen Verboten des Hamburger Schächthofes zum Genuß freigegeben habe. Auch an dieser Behauptung ist kein wahres Wort. Tatsache ist offenbar nur, daß Dr. Enoch, wie er auch bei seiner Verhaftung angegeben hat, zum Versuch seiner Sera gelegentlich amtlich nicht gestempelte Bomben verwanzt hat — seine Freunde nehmen an, weil ihm in eiliger Hast die Gesundheit seiner Patienten wichtiger war als die Erfüllung einer Formalität. Im Hinblick auf die geringen staatlichen Stempelgebühren kommt Gewinnsucht als Motiv nicht in Frage.

Um 88 Prozent. Die nationalen Buchdruckschafften der Budapest und Provinzhochschulen veranstalteten Montag einen weitläufigen Demonstrationstreik. Ten Universitätsbehörden wurde ein Memorandum übergeben, worin die unterjährige Wiederherstellung der ursprünglichen Bestimmungen des numerus clausus-Gesetzes verlangt wird, nach denen die Zahl der auf den ungarischen Universitäten studierenden jüdischen Studenten nur 5,1 und nicht wie gegenwärtig 5,9 Prozent der gesamten Hörschaft betragen soll.

In einem Steinbruch in der Nähe von Triet, in dem Mittwoch nachmittags Sprengungen vorgenommen wurden, lösten sich plötzlich von der 20 Meter hohen Steinwand große Massen Geröll und Sand, die den Sohn des Steinbruchbesitzers, ferner den Schichtmeister, Vater von elf Kindern und einen Arbeiter, Vater von sieben Kindern, begruben. Während der Sohn des Steinbruchbesitzers nur als Leiche geborgen werden konnte, wurden die beiden Familienväter lebend aus den Steinmassen befreit. Sie haben aber lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

Die „Sozialistische Jugend“ ist (siehe all Doppelnummer für die Monate November-Dezember) erschienen. Sie enthält die Berichte vom Parteitag und vom Kongress der Sozialistischen Jugendinternationale und die Zusammenfassung der Interkontinentalen Sozialistischen Arbeiterjugend in diesen Tagen. Sehr wichtigswoll gefärbt sind die Notizen, die sich mit den Parteitagern beschäftigen. Die Rubrik „Aus der Bewegung“ widerspiegelt das reiche Leben in unserer Jugendbewegung. Auch die für gut geleitete Nützliche trägt dazu bei, die „Sozialistische Jugend“ zu einer von den Jugendlichen der Sozialistischen Jugend zu gestalten. Eine reichhaltige Genossenschaftsbeilage in dieser Ausgabe der „Sozialistischen Jugend“ zur Werbung für die Idee der Genossenschaft unter den jugendlichen Arbeitern beigefügt. Die „Sozialistische Jugend“ ist zu beziehen durch ihre Verlagsanstalt, Leipzig, Schönau, Selterstraße 1, und kostet 12 K jährlich.



Nikolo - Geschenke



UNSEREN KINDERN - warm, bequem und fast umsonst.

K€ 5.-



K€ 9.-



Bei Regen - und Planschwetter!

9.-

15.-

19.-



Ganzgummi-Galoschen, 27-34 K€ 9.-, 35-38 K€ 15.-, für Herren K€ 19.-

Ganzgummi - Oberschuhe, schwarz, Gr. 23-26 K€ 15.-, Gr. 27-34 K€ 19.-

Ganzgummi - Oberschuhe, braun, Gr. 27-34 K€ 19.-

Bei Schnee- und Frostwetter!

15.-

19.-

19.-



Gr. 23-26, Meltonschuhe mit Gummisohle, 27-34 K€ 19.-, Damen K€ 29, Herren K€ 39.-

Gr. 19-26, Für Kinder: Meltonschuhe mit Ledersohle, Größe 27-34 K€ 29.-

Gr. 27-34, Lederschuhe mit Gummisohle, Gr. 35-38 K€ 29.-

29.-



Gr. 27-34, Knabenschuh aus festem Rindbox mit Ledersohle, Gr. 35-38 K€ 39.-, für Mädchen K€ 35.-

Der Stolz der
— JUGEND —
»GENERALSTIEFEL«



Gr. 23-26

19.-

„Generalstiefel“ aus Ganzgummi, Gr. 27-34 K€ 29.-, Gr. 35-38 K€ 39.-



Schuhcreme K€ 1, 2, Schuhknöpfler 0,50, Schuhlöfler K€ 1.-



In Gummischuhen tragen Sie unsere porösen Luft-Einlagen für K€ 1.- und K€ 2.-

FÜR TANZ UND GESELLSCHAFT!

ATLASSCHUHE, leicht und elegant, Färben K€ 3.-

25.-



Reizende Spangen für Atlasschuhe, in den verschiedensten Ausführungen ab K€ 3.-



39.-



Eleganter, leichter Tanz-Halbschuh, Elastische Ledersohle.

...UND ZULETZT FÜR VATER!

FÜR DEN BERUF!

39.-



Braun oder schwarz Box mit Gummisohle, Mit Ledersohle K€ 49.-

BEI REGENWETTER!

29.-



Schwarz lackierte Herren-Ganzgummi-Oberschuhe, mit Schnallenverschluss.

BEI FROST!

39.-



Warme Meltonschuhe mit Lederbesatz und starker Gummisohle, Schnallenverschluss.

BEQUEMLICHKEIT DAHEIM!

12.-



Warme, bequeme Hausschuhe, Damen K€ 9.-

HERRENSOCKEN:

Feste Baumwolls. K€ 1,50, 2.- und K€ 3.-, Glatte Garns. K€ 4.-, Florsocken mit Seide K€ 6.-, Sportstr. aus Wolle K€ 15.-

DAS BESTE FÜR MUTTI!

K€ 39



Mode-Meltonschuhe, mit Lack kombiniert.

19.-



Schwarz lackierte Damen-Ganzgummi-Oberschuhe, mit Samtkragen.

29.-



Schwarz oder braun Samt, mit Lack komb.

29.-



Elegante Lack-Halbschuhe, Vorderblatt geschmackvoll verziert.

19.-

Schwarz lackierte GANZGUMMI-ÜBERSCHUHE, mit Trikotfutter



Für Damen: warme Meltonschuhe, mit Besatz und Sohle aus Leder, Mit Schnallenverschluss K€ 29.-

39.-



Das passendste und billigste Schuhwerk in Oberschuhe, sind unsere CLOTH-HALBSCHUHE für nur K€ 19.-

DIE DIESJÄHRIGE - NIKOLO - ÜBERRASCHUNG

K€ 12



Leichte Damen-Überschuhe aus schwarzem, wasserundurchlässigem Gabardine, warm gefüttert, Besatz aus lackiertem Gummi, Gummisohle.

KINDERSTRÜMPFE:

Dauerhafte Baumwollstrümpfe K€ 3.-, 4.-, 6.-

DAMENSTRÜMPFE:

Baumwollstr. K€ 2, 4.-, Seidenstr. K€ 9.-

„MACCO“ K€ 9.-



Bata

